

2.1. Allgemeine Angaben zum Teilprojekt D7

2.1.1. Titel: Reaktionen auf Güterkonflikte der postnationalen Sicherheitspolitik

2.1.2. Projektleitung

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
geb. 14.09.1972, deutsch
Universität Bremen, Zentrum für Europäische
Rechtspolitik (ZERP)
Universitätsallee GW I, 28359 Bremen
Tel.: 0421/218-66201
E-Mail: fischer-lescano@zerp.uni-bremen.de

Prof. Dr. Peter Mayer
geb. 10.05.1961, deutsch
Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und
Internationale Studien (InIIS)
Mary-Somerville-Str. 7, 28359 Bremen
Tel.: 0421/218-67483
E-Mail: pmayer@uni-bremen.de

2.2. Entwicklung des Teilprojekts

2.2.1. Bericht

a) Kenntnisstand und Ausgangsfragestellung bei der letzten Antragstellung

Das Teilprojekt D7 untersuchte Aspekte des Wandels von Staatlichkeit im Bereich der äußeren Sicherheit. Auch in diesem Politikfeld ist die Rolle des Staates Veränderungen unterworfen, die aus Privatisierungs- und Internationalisierungstendenzen resultieren. So treten private Sicherheits- und Militärfirmen (PSMF) und im Sicherheitsbereich tätige internationale Organisationen (IOs, wie Vereinte Nationen, NATO) zunehmend als „Sicherheitsanbieter“ auf, die zwar meist im Auftrag von und im Verbund mit Staaten handeln, von diesen aber nicht vollkommen kontrolliert werden (können) (Deitelhoff & Fischer-Lescano 2013; Fischer-Lescano & P. Mayer 2013; S. Mayer & Tohidipur 2013). Ausgangspunkt des Teilprojekts waren Befunde in der politikwissenschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Forschung, wonach infolge der (teilweisen) Privatisierung und Internationalisierung der Bereitstellung von Sicherheit die relative Harmonie, ja Synergie der normativen Güter Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Legitimität, die bis in die 1980er Jahre hinein ein wesentliches Merkmal moderner, westlicher Staatlichkeit gewesen war (Hurlmann u.a. 2008), zunehmend geschwächt und in Frage gestellt wird. (Implikationen für das normative Gut Wohlfahrt blieben in dem Teilprojekt ausgeklammert bzw. wurden unter Sicherheitseffekte subsumiert, indem angenommen wurde, dass Einsparungen durch Privatisierung und Internationalisierung es Regierungen leichter machen, ein hohes Maß an Sicherheit auch bei schrumpfenden Verteidigungsbudgets zu gewährleisten.) Das Teilprojekt ging somit davon aus, dass durch die Denationalisierung (sprich: Privatisierung und/oder Internationalisierung) von Sicherheitspolitik *Güterkonflikte* unterschiedlicher Art entstehen oder verstärkt werden. Konkreter: Die gewachsene Bedeutung nichtstaatlicher Akteure befördert – so die der Literatur (Avant 2005; Deitelhoff & Geis 2009; Joachim 2010; Wagner 2006) entlehnte Prämisse des Teilprojekts – (wenigstens in bestimmten Hinsichten) die Sicherheit von Staaten, Gesellschaften und Individuen, geht aber zu Lasten der anderen Güter Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle und erweist sich selbst für das Gut der Sicherheit als ambivalent (vgl. nachfolgende Tabelle).

Güterkonflikte der postnationalen Sicherheitspolitik

<i>Sicherheit</i>	<i>versus Sicherheit</i>	<i>versus Rechtsstaatlichkeit</i>	<i>versus demokratische Legitimation</i>
Zugewinn an Effektivität, Flexibilität, Effizienz	Abhängigkeiten, Autonomie- und Kontrollverluste, Verstrickung	Erschwerte Rechtskontrolle, Rechtsunsicherheit	Schwächung der Legislative, Verminderung der Rechenschaftspflichtigkeit

Vor diesem Hintergrund untersuchte das Teilprojekt die *Fragestellung*, wie politische, rechtliche und gesellschaftliche Akteure (Regierungen, Parlamente, Gerichte, NGOs) auf unterschiedlichen Ebenen auf diese Güterkonflikte der postnationalen Sicherheitspolitik und die sie hervorbringenden (oder akzentuierenden) Privatisierungs- und Internationalisierungstendenzen reagieren – und auf welche Resonanz sie dabei bei denjenigen Akteuren stoßen, die die Denationalisierungsprozesse verantworten und tragen (Regierungen, internationale und private Sicherheitsanbieter). Das Spektrum möglicher Reaktionen war

breit: Sie konnten von Ignoranz und Indifferenz, über Zustimmung bzw. billiger Inkaufnahme, Widerspruch und Protest bis hin zur Initiierung und Implementierung von Korrekturen reichen. Zur Beschreibung dieses Spektrums griff das Teilprojekt auf eine modifizierte Version der von Hirschman (1974) eingeführten Trias Abwanderung (*exit*), Widerspruch (*voice*) und Loyalität zurück. Im Kontext des Sfb war eine solche Bestandsaufnahme vornehmlich aus zwei Gründen von Interesse: Sie konnte helfen, die Stabilität und Nachhaltigkeit des Wandels von Staatlichkeit in der Sicherheit abzuschätzen („prognostisches Motiv“), und sie konnte normative Erwägungen darüber informieren, welche realistischen Optionen bestehen, die erwähnten Güterkonflikte aufzulösen oder abzumildern („präskriptives Motiv“). Im Zentrum der von einer Reihe von Hypothesen geleiteten empirischen Untersuchung sollten vier Länderfallstudien stehen, die durch eine Analyse von Reaktionen auf inter- bzw. transnationaler Ebene (z.B. internationale Gerichte) ergänzt würden. Zur Untersuchung ausgewählt wurden mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland vier Staaten, in denen die Privatisierungs- und Internationalisierungstendenzen des Sicherheitsbereichs unterschiedlich stark ausgeprägt sind und deren (sicherheits-)politisches Gewicht vermuten ließ, dass die dort zu beobachtenden Entwicklungen bis zu einem gewissen Grade richtungsweisend auch für andere (westliche) Länder, wenn nicht für die Denationalisierung der Sicherheitspolitik insgesamt sein werden.

b) Ergebnisse sowie angewandte und ggf. neu entwickelte Methoden

Wir konzentrieren uns auf allgemeine Tendenzen und die Fallstudien übergreifende Beobachtungen und illustrieren sie durch Beispiele, was wir 2016 in dem Abschlußband unseres Teilprojekts umfassend präsentieren können. Bei der Erarbeitung unserer Ergebnisse haben wir uns der im Antrag genannten Methoden (Dokumentenanalyse, Interviews) bedient. Zur Anwendung kamen außerdem Standardverfahren der rechtswissenschaftlichen Analyse und Kritik sowie die Diskursanalyse und der Framing-Ansatz (Benford & Snow 2000; Hajer 2008).

Ein *erster* wichtiger Befund ist, dass politische, rechtliche und gesellschaftliche Reaktionen auf Güterkonflikte der postnationalen Sicherheitspolitik in den untersuchten Ländern nicht an der Tagesordnung sind – wenn man darunter sprachliche und nichtsprachliche Handlungen versteht, mit denen sich die Akteure explizit oder implizit auf die (in der Literatur herausgearbeiteten) ambivalenten Folgen der Denationalisierung beziehen und sich zu ihnen verhalten. Negative Folgen der Privatisierung und Internationalisierung von Sicherheit für die normativen Güter Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sicherheit werden vielfach artikuliert und dienen als Begründung für Forderungen oder Entscheidungen von Parlamentariern, Gerichten, NGOs oder Regierungen, durch die sie Formen und Instrumente der Sicherheitspolitik zu beeinflussen suchen. Dünn gesät sind jedoch Einlassungen und Interventionen, die mit einer Anerkennung der besagten *trade-offs* durch den betreffenden Akteur einhergehen. Am häufigsten scheinen sie bei Befürwortern bzw. „Protagonisten“ der Denationalisierung (etwa Regierungen) vorzukommen, die an ihrem Kurs grundsätzlich festhalten, sich gegenüber Kritikern und Zweiflern aber problembewusst und wenigstens rhetorisch konzessionsbereit zeigen wollen. (Als „Protagonisten der Denationalisierung“ bezeichnen wir diejenigen Akteure, die die Privatisierung und Internationalisierung von Sicherheit als Auftraggeber („Prinzipale“) und Auftragnehmer („Agenten“) tragen und manifestieren, also insbesondere (aber nicht ausschließlich) Regierungen, PSMF und IOs.) Dass die Akteure in ihren öffentlichen Reaktionen dazu neigen, nur eine Seite der Medaille gelten zu lassen – also z.B. wie in den 90er Jahren die PDS im Bundestag für den Austritt aus der NATO plädieren, weil Deutschland als Mitglied des mit neuen Aufgaben versehenen Bündnisses zu Lasten seiner Sicherheit in „militärische Abenteuer“ hineingezogen werde (Prem 2013) –, muss nicht bedeuten, dass sie die Güterkonflikte nicht wahrnehmen. Sie können ebenso gut der Auffassung sein, dass sich zu viel Differenzierung oder gar die Anerkennung von Dilemmata in der politischen Debatte nicht auszahlt. Damit im Einklang steht die Beobachtung, dass es (neben den bereits genannten Akteuren) oft Gerichte sind, die ihre Entscheidungsbegründungen mit einer klaren Artikulation eines oder mehrerer der von uns identifizierten Güterkonflikte verbinden. Ein Beispiel sind die verschiedenen Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu Zulässigkeit und Voraussetzungen eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr in Systemen kollektiver Sicherheit (Nolte 2002; Prem 2013).

Ein *zweiter* hervorstechender Befund des Teilprojekts ist, dass politische, rechtliche und gesellschaftliche Akteure, die kritisch auf die Denationalisierung der Sicherheitspolitik und die damit verbundenen Folgen für Sicherheit, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit reagieren, ihr Verlangen auf Abhilfe in aller Regel nicht an die neuen (oder mit neuen Befugnissen ausgestatteten) privaten und internationalen Ak-

teure (PSMF, IOs) richten, sondern an die Regierung, bei der offenbar unverändert die „Letztverantwortung“ im Kontext der transformierten Staatlichkeit vermutet wird. Ausnahmen gibt es, so wenn Jesse Helms, der langjährige Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, die Vereinten Nationen ermahnt, die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten, zuvörderst der USA zu respektieren (Helms 2000), oder wenn NGOs an Multi-Stakeholder-Initiativen teilnehmen, die – unter Mitwirkung der betroffenen Firmen und ihrer Interessenverbände – auf eine transnationale Regulierung der Aktivitäten von PSMF hinarbeiten, welche dazu führen soll, dass Beeinträchtigungen der normativen Güter Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die mit der Verfügbarkeit und den Tätigkeiten dieser Unternehmen häufig einhergehen, vermieden oder minimiert werden. Doch dies sind, wie gesagt, Ausnahmen. Der Normalfall ist, dass Parlamente, Gerichte und NGOs, die sich um die negativen Auswirkungen der Denationalisierung der Sicherheit auf eines oder mehrere der genannten Güter sorgen, die (eigene) Regierung dafür in die Pflicht nehmen, den Schaden abzuwenden oder zu begrenzen. Das Teilprojekt findet mithin für den von ihm bearbeiteten Bereich der (äußeren) Sicherheit weit mehr Belege für die „Zerfaserungsthese“ des Sfb als für die mit ihr in Konkurrenz stehende Anspruchstransfer- oder Politisierungsthese.

Damit bestätigt sich zugleich eine der Arbeitshypothesen, die das Teilprojekt im Hinblick auf die zu erwartende *Art der Reaktion* formuliert hat. Auch andere Hypothesen dieser ersten Gruppe von Erwartungen finden tentativ Unterstützung. So ist „Abwanderung“ (*exit*), also die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit „Agenten“ der Denationalisierung bis hin zur (teilweisen) Renationalisierung von Sicherheitspolitik, erwartungsgemäß weit seltener als „Widerspruch“ (*voice*), also der Versuch, die negativen Auswirkungen der Privatisierung und Internationalisierung von Sicherheit durch – an die Protagonisten der Denationalisierung gerichtete – Appelle, Forderungen und Auflagen „von innen“ zu überwinden oder zu begrenzen. Dies gilt auch dann, wenn die Möglichkeit der partiellen Abwanderung berücksichtigt wird. Selbst die Drohung mit Abwanderung – eine Form oder Taktik von *voice* – ist eine Rarität. Sie findet sich bei Hardlinern im amerikanischen Kongress, die die Mitgliedschaft der USA in der UNO immer wieder einmal zur Disposition stellen, aber kaum je darüber hinaus. Auch für die Erwartung, dass Widerspruch vor allem dort intensiv sein wird, wo die Denationalisierung weit fortgeschritten ist, finden sich Belege. So wurde die Debatte um die Risiken der Privatisierung von Sicherheit in den USA und in Großbritannien, wo die meisten PSMF ihren Sitz haben und bei Auslandseinsätzen besonders stark nachgefragt werden, ungleich intensiver geführt als in Frankreich und Deutschland, wie wir in mehreren Kapiteln (1, 3, 5 & 7) des Abschlussbandes unseres Teilprojekts genauer werden zeigen können (s. auch [Kommer 2012](#)). Allerdings zeigt sich an den beiden letztgenannten Ländern auch, dass Widerspruch nicht an ein hohes Ausmaß von Denationalisierung geknüpft ist. Vielmehr können politische und gesellschaftliche Akteure sich auch präventiv oder antizipativ gegen Denationalisierung wenden oder versuchen, sie in Bahnen zu lenken, die mit Sicherheitsinteressen und demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien verträglich sind. So haben alle Fraktionen des Bundestages die Regierung wiederholt aufgefordert, sich auf nationaler und internationaler Ebene für eine Regulierung von PSMF zu engagieren, auch wenn die Bundesrepublik bisher kaum an der Privatisierung von Sicherheit teilnimmt (Krahmann & Friesendorf 2011). Schließlich gibt es auch viele Hinweise dafür, dass „Loyalität“ – im Sinne einer aktiven Unterstützung oder passiven Hinnahme von Denationalisierung ungeachtet ihrer partiell negativen Implikationen für zentrale gesellschaftliche Werte – ein weitverbreitetes Verhaltensmuster ist. Es scheint auch zuzutreffen, dass dies vor allem dort der Fall ist, wo wie in Frankreich oder Großbritannien die exekutiven Prärogativen in der Außenpolitik traditionell stark ausgeprägt sind. Allerdings haben sich gerade auch in diesen beiden Ländern die Parlamente in den letzten Jahren einige (moderate) Beteiligungsrechte bei der Entsendung von Truppen in Auslandseinsätze erkämpft, die lange Zeit unvorstellbar erschienen, wie wir in den Kapiteln 4 und 6 unseres Abschlussbandes im Einzelnen zeigen können.

Gemischer fällt die Bilanz bei den beiden anderen Gruppen von Arbeitshypothesen aus. Den Hypothesen zur *normativen Orientierung der Reaktion* lag die Vorstellung zugrunde, dass unterschiedliche Akteure sich entsprechend ihrer Rolle im politischen System gleichsam zum Sachwalter bestimmter normativer Güter machen, die sie bei ihren Interventionen vorrangig zu wahren suchen. Erwartungsgemäß neigen zwar Regierungen, wenn sie gegenüber ihren Agenten *voice* praktizieren oder die von ihnen gestützte und oft vorangetriebene Denationalisierung gegen Kritiker verteidigen, dazu, dabei (um finanzielle Aspekte erweiterte) Sicherheitsinteressen geltend zu machen (z.B. [Emschermann 2013](#); [Fischer-Lescano & Mayer 2016](#): Kap. 2, 8). Die Beobachtungen aus unseren Fallstudien lassen sich aber schwerlich dahingehend zusammenfassen, dass sich Parlamente auf Folgen für das Gut der demokratischen Legitimi-

tät, Gerichte auf Aspekte von Rechtsstaatlichkeit i.e.S. und NGOs auf Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit spezialisieren, wenn sie auf die Denationalisierung von Sicherheit kritisch reagieren. Rollenkonformes Verhalten in diesem Sinne kommt vor, aber Abweichungen davon sind kaum weniger häufig. So hat sich beispielsweise das britische Unterhaus zwar intensiv und (regierungs-)kritisch an der Debatte um die Regulierung der privaten Sicherheits- und Militärbranche beteiligt, die sich im Gefolge des „Arms for Africa“-Skandals um die Firma Sandline entzündet hatte, dabei aber gerade nicht die negativen Konsequenzen der Privatisierung für die demokratische Kontrolle von Sicherheitspolitik in den Vordergrund gerückt, wie wir in Kapitel 3 unseres Abschlußbandes zeigen können. (Auf diese Effekte hinzuweisen, blieb einer Nichtregierungsorganisation, „War on Want“, überlassen.)

Ebenfalls weniger Bestätigung als die erste Gruppe von Arbeitshypothesen fand die dritte Gruppe – wenn auch teilweise aus anderen Gründen. Dieses Hypothesenbündel umfasste Vermutungen darüber, welche Faktoren für die *Responsivität* (positive Resonanz) von Protagonisten der Denationalisierung (Regierungen, IOs, PSMF) verantwortlich sind, die sich mit negativen Reaktionen auf die von ihnen in Gang gesetzten und repräsentierten Entwicklungen im Bereich der Sicherheitspolitik konfrontiert sehen. Wieder gibt es Befunde, die für einzelne Hypothesen sprechen, neben solchen, die eher im Widerspruch dazu stehen. So geht in einigen Fällen (wie etwa in der amerikanischen Privatisierungsdebatte im Nachgang des Irakkriegs) die Akzentuierung der Sicherheitsproblematik durch die Kritiker mit einer hohen Responsivität der Regierung einher, wie wir im Kapitel 1 unseres Abschlussbandes zeigen werden, während in anderen Fällen (wie bei der innerbritischen Auseinandersetzung um die Konsequenzen der intensivierten Interventionspraxis für das Verhältnis von Exekutive und Legislative, wie Kap. 4 des Abschlussbandes zeigen wird) die Regierung bedeutende Zugeständnisse macht, obwohl die Einsprüche der Kritiker nicht primär auf Fragen der nationalen Sicherheit, sondern auf demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien abstellen. Die Gründe für die weniger günstige Bilanz dieser Hypothesengruppe liegen zum Teil aber auch anderswo. So waren zwei der vier Arbeitshypothesen zur Resonanz der Prinzipale und Agenten der postnationalen Sicherheitspolitik schlicht nicht anwendbar, weil ihr Vordersatz empirisch nie zutraf: weder kam es in nennenswertem Umfang zu Abwanderung, wodurch es möglich geworden wäre, deren Effekte auf das Wohlergehen der Agenten zu untersuchen, noch fanden sich (wie bereits erwähnt) genügend Beispiele für eine Politisierung, die es erlaubt hätten, die Frage zu untersuchen, welchen Unterschied es für die Responsivität von IOs und PSMF macht, wer auf ihre Rolle in der postnationalen Sicherheitspolitik kritisch und mit Forderungen nach einer Verhaltensänderung reagiert. (Dass mangels Abwanderung keine Effekte auf das Wohlergehen der Agenten festzustellen sind, zeigt sich, wenn selbst Regierungen, die mit erheblichen Leistungsdefiziten der von ihnen beauftragten PSMF konfrontiert sind, – wie das amerikanische Beispiel zeigt – oft eine bemerkenswerte Loyalität diesen Unternehmen gegenüber an den Tag legen, die viele der zugunsten der Privatisierung angeführten (ökonomischen) Argumente fragwürdig erscheinen lassen, wie in Kap. 1 unseres Abschlußbandes dargelegt sein wird.)

Das Small-N-Design des Teilprojekts rät zu Vorsicht, nicht nur was die Bewertung des tentativen Abschneidens unserer Arbeitshypothesen angeht, sondern auch im Hinblick auf Schlussfolgerungen, die sich auf die prognostischen und präskriptiven Motive des Teilprojekts beziehen. Die Beobachtungen aus unseren Fallstudien legen jedoch die Einschätzung nahe, dass der Übergang zu einer postnationalen Konstellation in der Sicherheitspolitik relativ robust ist und nichts für eine flächendeckende Renationalisierung spricht. Aspekte der privatisierten und internationalisierten Sicherheitspolitik – darunter die von uns hervorgehobenen Schattenseiten und Ambivalenzen – lösen bei politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Akteuren kritische Reaktionen aus. Diese zielen jedoch selten auf einen „Rückbau“ der Denationalisierung. Vielmehr befürworten sie einen (mehr oder minder weitreichenden) „Umbau“, der die *security governance* mit gesellschaftlichen Ansprüchen an Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in höherem Maße verträglich machen soll und damit auch auf mittlere Sicht stabilisieren dürfte.

c) Probleme und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms

Als eine (nicht ganz unerwartete) Herausforderung erwies sich die Definition des Falluniversums (Reaktionen auf Güterkonflikte der postnationalen Konstellation) und damit auch die darauf beruhende forschungspraktische Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes. Wir entschieden uns daher bei den Länderfallstudien für eine Verbindung von breiter angelegten und größere Zeiträume umfassenden, aber auf unsere Fragestellung konzentrierten Auswertungen der Forschungsliteratur mit intensiven Analysen von politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Reaktionen im Kontext von Schlüsselereignissen oder

Wendepunkten der Privatisierung bzw. Internationalisierung. Die auf Hirschmans (1974) Kategorien aufbauende Typologie von Reaktionsarten erwies sich zwar als praktikabel, wurde von uns aber mitunter als zu abstrakt empfunden. Es sollte außerdem bereits terminologisch deutlicher zwischen Prinzipal-Agenten-Beziehungen und Versuchen der äußeren Beeinflussung unterschieden werden.

d) Bezüge zu und Kooperationen mit anderen Teilprojekten im Sonderforschungsbereich

Das Teilprojekt D7 befasste sich als einziges Teilprojekt des Sfb mit dem normativen Gut der äußeren Sicherheit. Es wurde dadurch jedoch nicht zu einem Solitär. Zusammen mit und in Ergänzung zu den anderen Teilprojekten der D-Säule analysierte es Aspekte der Ressourcen-Dimension des Staates. Außerdem folgten aus der Tatsache, dass D7 sich sowohl mit Privatisierungs- als auch mit Internationalisierungsfolgen beschäftigte, und dem Umstand, dass die im Zentrum stehenden Güterkonflikte auch Rückwirkungen der Denationalisierung auf die normativen Güter Rechtsstaatlichkeit und demokratische Legitimität einschlossen, vielfältig Bezüge und Querverbindungen zu anderen Teilprojekten, zumal in der A- und B-Säule. Zusammenarbeit mit anderen Teilprojekten wie A2 und B1 gab es vor allem auf der alltäglichen Arbeitsebene, auch im Rahmen der „Sfb-Werkstatt“.

e) Vergleiche mit Arbeiten außerhalb des Sonderforschungsbereichs

Seit der Konzeption des Teilprojekts sind eine Reihe wichtiger Arbeiten erschienen, die sich in ähnlicher Weise wie wir aus politik- oder rechtswissenschaftlicher Perspektive mit sicherheitspolitischen und (anderen) normativen Risiken der Denationalisierung der Sicherheit befassen bzw. kritische (und seltener affirmative) Reaktionen auf solche Risiken untersuchen (z.B. Geis u.a. 2013; Krahmann 2010; Leander 2013; Sossai & Bakker 2012; Wagner 2011). Wir haben von diesen Studien in hohem Maße profitiert, ohne den Eindruck zu haben, dass sie unsere Bemühungen überflüssig machen. Denn, soweit wir die Literatur überblicken, hat sich an der Besonderheit unserer Untersuchungen und damit auch der entstehenden Abschlussmonographie nichts geändert, welche darin besteht, dass nur D7 politische, rechtliche und gesellschaftliche *Reaktionen* auf Güterkonflikte der Denationalisierung von Sicherheit in den Vordergrund rückt, dabei Privatisierungs- und Internationalisierungsfolgen berücksichtigt, ein ganzes *Spektrum* von Güterkonflikten (vgl. Tabelle 1) ins Auge fasst und politik- und rechtswissenschaftliche Perspektiven zusammenführt. Auch konnten wir bei den unter c) bereits erwähnten „Schlüsselereignissen und Wendepunkten“ zum Teil Entwicklungen der jüngsten Zeit mit berücksichtigen, die bisher noch kaum wissenschaftlich aufgearbeitet sind und schon gar nicht unter den für das Teilprojekt und die genannten Arbeiten relevanten Perspektiven.

2.2.2. Teilprojektrelevante eigene Publikationen (vornehmlich aus der letzten Phase)

In 2.2.1. sind diese Ergebnisse unterstrichen. Verfasser in [Klammern] sind keine Sfb-Mitarbeiter.

(I.) Begutachtete Beiträge für

(d.) Arbeitspapiere

1. Kommer, Steffen (2012) Private Sicherheitsunternehmen und die USA: Eine Länderstudie zur Regulierung von privaten Sicherheitsdiensten im Bereich der äußeren Sicherheitsgewährleistung, *Kritische Vierteljahreszeitschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung* 95:3, 270-313.
2. Emschermann, Katharina (2013) The Good Internationalist: U.S. Responses to Trade-Offs in Internationalized Security Policy in the 1995 Bosnia Debate, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 176.
3. Prem, Berenike (2013) Deutschland in der „Multilateralismusfalle“? Reaktionen auf Zielkonflikte der internationalen Sicherheitspolitik in der out-of-area-Debatte 1992-1994, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 174.

(II.) Nicht-referierte Beiträge für

(b.) monographische Reihen

4. Fischer-Lescano, Andreas & Peter Mayer, Hg. (2013) *Recht und Politik globaler Sicherheit: Bestandsaufnahme und Erklärungsansätze*, Frankfurt a.M.: Campus (Reihe *Staatlichkeit im Wandel*).

(c) Sammelbandbeiträge

5. [Deitelhoff, Nicole] & Andreas Fischer-Lescano (2013) Recht und Politik der Privatisierung internationaler Sicherheit, in: Andreas Fischer-Lescano & Peter Mayer, Hg. *Recht und Politik globaler Sicherheit: Bestandsaufnahme und Erklärungsansätze*, Frankfurt a.M.: Campus, 43-77.

2.3. Weitere Literatur

- Avant, Deborah D. (2005) *The Market for Force: The Consequences of Privatizing Security*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Benford, Robert D. & David A. Snow (2000) Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment, *Annual Review of Sociology* 26, 611-639.
- Deitelhoff, Nicole & Anna Geis (2009) Securing the State, Undermining Democracy: Internationalization and Privatization of Western Militaries, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 92.
- Geis, Anna, Harald Müller & Niklas Schörnig, Hg. (2013) *The Militant Face of Democracy: Liberal Forces for Good*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hajer, Maarten A. (2008) Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Frank Janning & Katrin Toens, Hg. *Die Zukunft der Policy-Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 211-222.
- Helms, Jesse (2000) Address by Senator Jesse Helms, Chairman, U.S. Senate Committee on Foreign Relations, Before the United Nations Security Council, January 20, 2000, <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/CHRG-106shrg62154/pdf/CHRG-106shrg62154.pdf>
- Hirschman, Albert O. (1974) *Abwanderung und Widerspruch: Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*, Tübingen: Mohr.
- Hurrelmann, Achim, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer (2008) Die Zerfaserung des Nationalstaats: Ein analytischer Rahmen, in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg. *Zerfasert der Nationalstaat? Die Internationalisierung politischer Verantwortung*, Frankfurt a.M.: Campus, 21-52.
- Joachim, Jutta (2010) Transformation of the State? Societal Reactions to the Privatization of Security in Great Britain, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 135.
- Krahmann, Elke (2010) *States, Citizens and the Privatisation of Security*, Cambridge: Cambridge University Press.
- & Cornelius Friesendorf (2011) *Debatte vertagt? Militär- und Sicherheitsfirmen in deutschen Auslandseinsätzen*, Frankfurt a. M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK Report, 8/2011).
- Leander, Anna, Hg. (2013) *Commercialising Security in Europe: Political Consequences for Peace Operations*, London: Routledge.
- Mayer, Sebastian & Timo Tohidipur (2013) Recht und Politik der internationalisierten Sicherheit, in: Andreas Fischer-Lescano & Peter Mayer, Hg. *Recht und Politik globaler Sicherheit: Bestandsaufnahme und Erklärungsansätze*, Frankfurt a.M.: Campus, 79-105.
- Nolte, Georg (2002) Germany: Ensuring Political Legitimacy for the Use of Military Forces by Requiring Constitutional Accountability, in: Charlotte Ku & Harold K. Jacobson, Hg. *Democratic Accountability and the Use of Force*. Cambridge: Cambridge University Press, 231-253.
- Sossai, Mirko & Christine A. E. Bakker, Hg. (2012) *Multilevel Regulation of Military and Security Contractors: The Interplay Between International, European and Domestic Norms*, Oxford: Hart.
- Wagner, Wolfgang (2006) The Democratic Control of Military Power Europe, *Journal of European Public Policy* 13:2, 200-216.
- (2011) *Die demokratische Kontrolle internationalisierter Sicherheitspolitik: Demokratiedefizite bei Militäreinsätzen und in der europäischen Politik innerer Sicherheit*, Baden-Baden: Nomos.